

30 Jahre Wiedervereinigung | 22.09.2020 | Lesezeit 4 Min.

Demografie als Achillesferse

Die Annäherung Ostdeutschlands an das westdeutsche Wirtschaftsniveau setzt sich fort, doch realistisch betrachtet werden die ostdeutschen Bundesländer in absehbarer Zeit nur zu den schwächeren Westländern aufschließen können. Gehemmt wird der Aufholprozess künftig unter anderem von der demografischen Entwicklung.

Ziemlich genau 40 Jahre lang existierte die DDR als eigenständiger Staat - das sind nur zehn Jahre mehr als der Zeitraum, der seit der Wiedervereinigung vergangen ist. Dennoch besteht zwischen West und Ost nach wie vor eine wirtschaftliche Kluft:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner ist in Ostdeutschland noch rund 25 Prozent niedriger als im Westen - lässt man Berlin außen vor, beträgt die Lücke sogar 30 Prozent.

IW-Einheitsindex kontinuierlich gestiegen

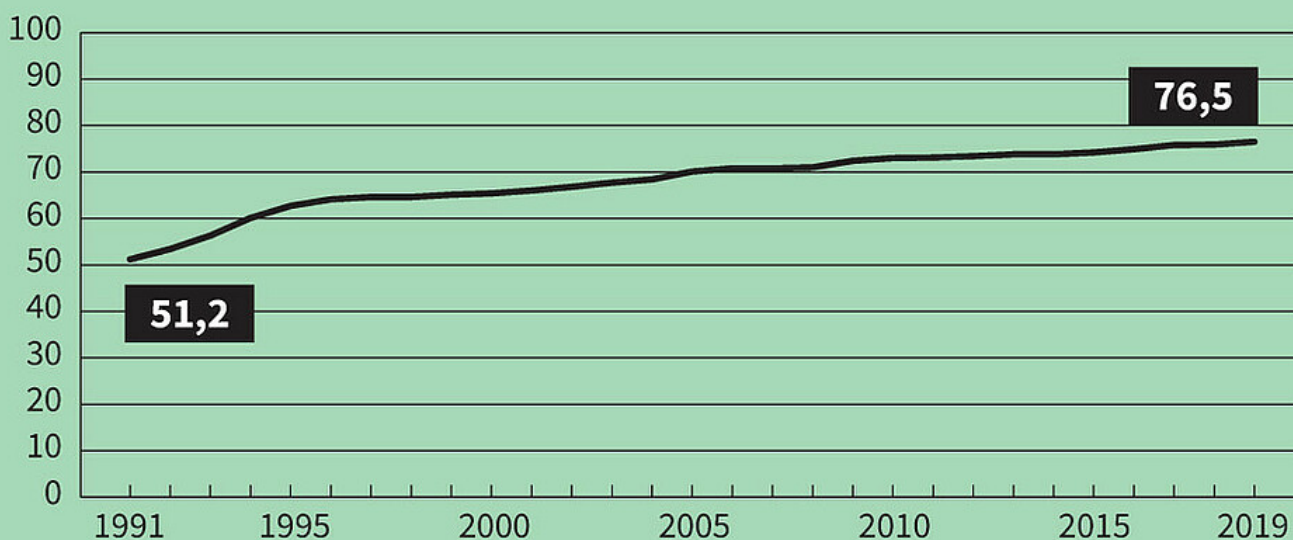
Um den aktuellen Stand der Annäherung zwischen West- und Ostdeutschland umfassend beurteilen zu können, reicht der Blick auf die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung allerdings nicht aus. Aus diesem Grund hat das Institut der deutschen Wirtschaft einen Einheitsindex entwickelt, der neben der Wirtschaftsleistung noch sechs weitere Indikatoren wie die Produktivität, die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitslosigkeit umfasst. Das so gezeichnete Bild sieht um einiges freundlicher aus (Grafik):

Der IW-Einheitsindex für Ostdeutschland - ohne Berlin - ist seit 1991 von gut 50 Prozent des westdeutschen Niveaus auf knapp 77 Prozent gestiegen.

Ostdeutschland: Wirtschaftliche Konvergenz schreitet voran

Der IW-Einheitsindex misst die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Vergleich zu Westdeutschland anhand der Kriterien Wirtschaftsleistung je Einwohner, Produktivität, Kapitalstock je Einwohner, Anteil des FuE-Personals an allen Erwerbstätigen, Erwerbsbeteiligung, Arbeitslosigkeit und Selbstständigenquote

Westdeutschland = 100



Ostdeutschland: ohne Berlin; FuE: Forschung und Entwicklung; Daten für 2019 zum Teil geschätzt

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Vor allem zeigt der Index, dass der Konvergenzprozess nicht, wie von Skeptikern gerne behauptet wird, in jüngster Zeit zum Stillstand gekommen ist - allein von 2014 bis 2019 betrug der Zuwachs knapp 3 Prozentpunkte.

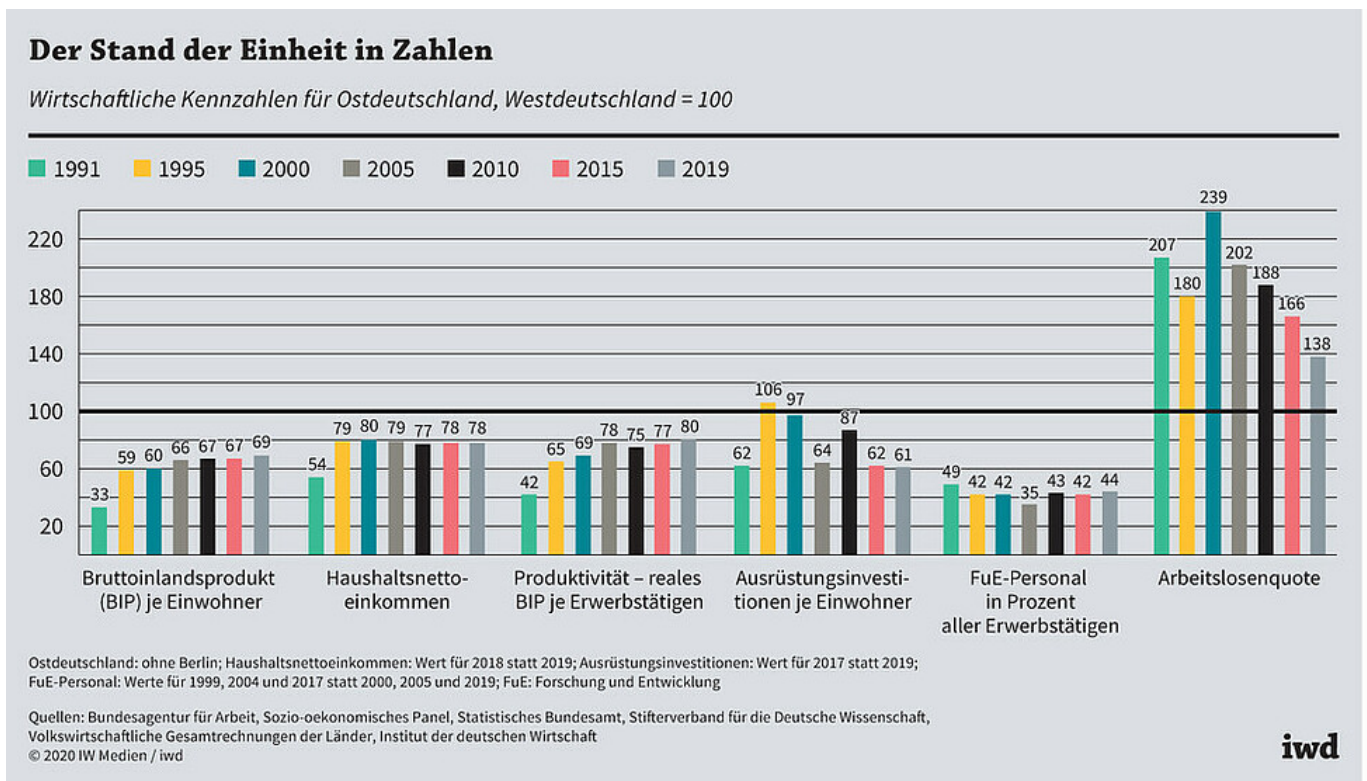
Mit 20.475 Euro beziehungsweise 20.335 Euro lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in Brandenburg und Sachsen im Jahr 2018 bereits über dem des Saarlands (20.277 Euro).

Schaut man darüber hinaus auf einzelne wirtschaftliche Kennzahlen, wird deutlich, dass beim Aufbau Ost sowohl Erfolge als auch ungelöste Probleme zu verzeichnen sind

(Grafik).

So haben die ostdeutschen Bundesländer bei der Produktivität und beim Haushaltsnettoeinkommen schon vor längerer Zeit etwa vier Fünftel des Westniveaus erreicht. Betrachtet man das verfügbare Einkommen, konnten einige Regionen im Osten zu manchen Westländern aufschließen oder sie sogar überholen:

Mit 20.475 Euro beziehungsweise 20.335 Euro lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in Brandenburg und Sachsen im Jahr 2018 bereits über dem des Saarlands (20.277 Euro) und nur knapp unter dem Wert von Bremen (21.481 Euro) und Niedersachsen (21.988 Euro).



Ein Warnsignal für den weiteren wirtschaftlichen Aufholprozess ist dagegen, dass die Pro-Kopf-Investitionen in Ausrüstungen wie Maschinen oder Produktionsanlagen im ostdeutschen Durchschnitt zuletzt gerade einmal gut 60 Prozent des Westniveaus betragen; der weitere Aufbau des Kapitalstocks vor allem in der Industrie stockt. Dies deutet darauf hin, dass das Verarbeitende Gewerbe, dessen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ohnehin noch rund 5 Prozentpunkte unter dem Wert im Westen liegt, in den nächsten Jahren keine starke Triebfeder für die weitere Konvergenz sein kann.

Ein Problem ist auch, dass Ostdeutschland zwar über eine gute Ausstattung mit

öffentlichen Forschungseinrichtungen verfügt, die Unternehmen aber nur wenig Mitarbeiter haben, die neue Produkte und Verfahren entwickeln. Das bedeutet unterm Strich:

Der Anteil des im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) eingesetzten Personals an allen Erwerbstätigen erreicht in Ostdeutschland nur 44 Prozent des westdeutschen Werts.

Dieser Wert ist zudem seit Jahren kaum gestiegen – kein gutes Zeichen für die Innovationskraft der ostdeutschen Wirtschaft.

Ostdeutschland mit ungünstiger Raumstruktur

Zurückzuführen ist der Rückstand in Sachen Forschungspersonal nicht zuletzt darauf, dass in Ostdeutschland nach wie vor kaum Großunternehmen angesiedelt sind. Gerade solche Firmen investieren aber besonders stark in FuE. Und auch hinsichtlich innovativer Start-ups liegen die ostdeutschen Flächenländer deutlich hinter jenen im Westen zurück. Dies wiederum dürfte mit der ungünstigeren Raumstruktur zusammenhängen (Grafik):

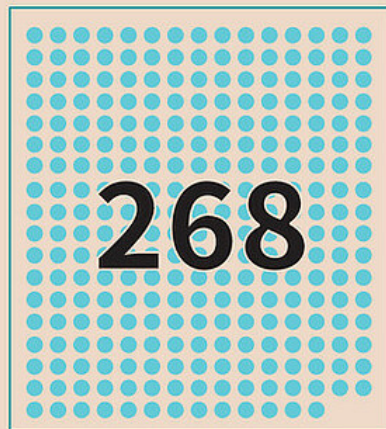
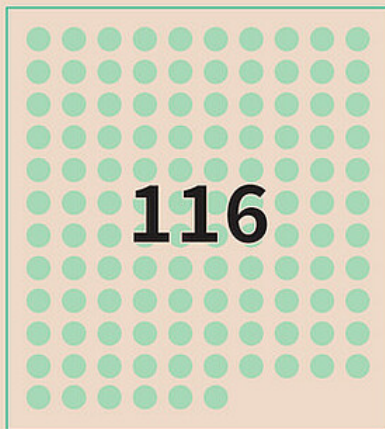
Während die Westländer im Schnitt 268 Einwohner je Quadratkilometer zählen, sind es in den fünf Flächenländern im Osten lediglich 116.

Ostdeutsche leben seltener in der Großstadt

Einwohner je Quadratkilometer 2019

■ Ostdeutschland ohne Berlin
■ Westdeutschland

Anteil der Bevölkerung in
kreisfreien Städten und
hoch verdichteten Kreisen
2018 in Prozent



Hoch verdichtete Kreise: Landkreise mit mehr als 231 Einwohnern je Quadratkilometer

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Entsprechend lebt dort auch ein weit geringerer Anteil der Menschen in Großstädten und Ballungsräumen. Damit fehlen sogenannte Agglomerationsvorteile – zu denen beispielsweise kurze Wege zwischen verbundenen Unternehmen, die gute Verfügbarkeit spezialisierter Dienstleister wie etwa Fachanwälte oder die Attraktivität für qualifizierte Arbeitskräfte zählen. Gerade aufgrund solcher Vorteile sind die Metropolen bevorzugte Standorte für Cluster innovativer, junger Firmen, die als Motoren der Wirtschaftsentwicklung gelten.

Zwar gibt es auch in den neuen Bundesländern wachsende Wirtschaftszentren wie Leipzig, Dresden, Rostock oder Erfurt-Jena mit entsprechenden Start-up-Erfolgsstorys. Diese wiegen jedoch die Standortnachteile der vielen peripheren Regionen mit ihrer geringeren Wirtschaftskraft nicht auf.

Demografische Entwicklung bereitet Probleme

Hinzu kommt, dass die demografische Entwicklung in Ostdeutschland in den kommenden Jahren den Arbeitsmarkt und damit das wirtschaftliche Wachstum erheblich bremsen wird. Der Einbruch der Geburtenzahl nach 1990 und die starke Abwanderung jüngerer Menschen bis 2013 wirkt immer noch nach. Und demnächst gehen die Babyboomer-Jahrgänge in Rente. Die Folge:

Die Zahl der Erwerbspersonen in den neuen Ländern wird von derzeit etwa 8

Millionen bis 2050 auf 5 bis 5,5 Millionen abnehmen.

Die genaue Entwicklung hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit durch eine verbesserte Willkommenskultur mehr Zuwanderer aus dem Ausland gewonnen werden können.

Angesichts all dieser negativen Einflussfaktoren ist es trotz der staatlichen Bemühungen um die Förderung des Standorts Ostdeutschland unrealistisch, eine baldige, vollständige Angleichung der Wirtschaftskraft des Ostens an das Westniveau zu erwarten. Ein realistisches Ziel ist aber, die ostdeutschen Flächenländer auf den Stand der schwächsten Westländer - Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein - zu bringen.

Das muss keineswegs eine triste Perspektive sein, schließlich sagen BIP-Daten und ähnliche ökonomische Kennziffern nur in begrenztem Maß etwas über die Lebensqualität aus: Schleswig-Holstein, das West-Bundesland mit dem niedrigsten BIP je Einwohner, belegt im Glücksatlas der Deutschen Post seit Jahren bei der Lebenszufriedenheit den ersten Platz.

Kernaussagen in Kürze:

- Die wirtschaftliche Annäherung Ostdeutschlands an den Westen ist auch in den vergangenen Jahren nicht zum Stillstand gekommen.
- Benachteiligt sind die ostdeutschen Bundesländer unter anderem aufgrund ihrer Raumstruktur und der ungünstigen demografischen Entwicklung.
- Ein realistisches Ziel ist es deshalb, die ostdeutschen Flächenländer auf den Stand der schwächsten Westländer zu bringen.